

**Forderung: mehr  
Heilmitteltherapie  
bei chronischen  
Schmerzen**

► Gesundheitspolitik

### Der 117. Ärztetag sendet Signale in Richtung der Therapeuten

| Ende Mai fand der 117. Deutsche Ärztetag statt. Er ist die Hauptversammlung der Bundesärztekammer und das „Parlament der Ärzteschaft“. Was dort besprochen und beschlossen wird, ist auch für Therapeuten von Bedeutung. In diesem Jahr waren sowohl positive als auch negative Signale in Richtung der Therapeuten zu hören. |

Positiv ist die Forderung der Ärzteschaft zu bewerten, dass sich Krankenkassen künftig mehr dafür engagieren sollten, aktivierende Therapieangebote für chronische Schmerzpatienten zugänglich zu machen. Physiotherapie, medizinische Trainingstherapie und andere Heilmittel, die Patienten befähigen, chronischen Schmerzzuständen aktiv entgegenzuwirken, sind aus Sicht der Mediziner dringend nötig, um teure Operationen und Komorbiditäten zu reduzieren. Als Mittel der Wahl sehen die Ärzte dafür die Aufhebung der Budgetierung oder zumindest eine Verbesserung der Verordnungsfähigkeit an. Eine andere Forderung wird Therapeuten weniger freuen. Im großen Bereich der Präventionsleistungen verstehen sich die Mediziner als Präventionslotsen. Eine ihrer Kernkompetenzen sei die Bewegungsschulung, weshalb sie in diesem Bereich weiterhin erste Ansprechpartner seien.

► Osteopathie

### Osteopathie ist teuer für Krankenkassen

| Im Jahr 2013 zahlten die Gesetzlichen Krankenkassen ihren Mitgliedern mehr als 110 Mio. Euro für osteopathische Behandlungen – mehr als dreimal so viel wie im Jahr davor. Damit explodieren die Ausgaben für diese alternative Heilbehandlung, wie nicht öffentliche Zahlen der 60 größten Kassen belegen, die dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) vorliegen. |

**Mehr Patienten als  
erwartet nehmen  
Osteopathie in  
Anspruch**

Möglich wurde die Rückerstattung für Osteopathie, als die Regierungskoalition im Jahr 2011 sogenannte Zusatzleistungen für Krankenkassen einführte. Damit sollte der Wettbewerb zwischen Krankenkassen gefördert werden, da sie so ihren Versicherten individuelle Angebote machen können. Offenbar hatte keine Krankenkasse vorausgesehen, wie beliebt Osteopathie bei den Patienten sein würde. Der Kassenzuschuss lockte darüber hinaus zusätzlich Patienten in osteopathische Behandlungsräume, die nach Ansicht mancher Kritiker andernfalls keine Therapie in Anspruch genommen hätten. Auch würden Kassen nicht genügend prüfen, ob die Qualität der Behandlung gewährleistet sei, so die Kritiker weiter, weil es zum einen keine standardisierte Ausbildung gäbe und zum anderen der wissenschaftliche Wirksamkeitsnachweis für die Osteopathie fehle. Deshalb sei das Kassenverhalten als reine Marketingaktion zu werten. Die Krankenkassen wehren den Vorwurf zwar offiziell ab, geben aber hinter vorgehaltener Hand zu, dass sie Mitgliederschwund befürchten, wenn sie Osteopathie nicht mehr bezuschussen. Nach Informationen des NDR rechnen sie demnach mit einem weiteren Anstieg der Kosten: 130 Millionen Euro stehen für 2014 schon als Schätzung im Raum.